

V-08 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Walter Otte u.a. (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Weitere Anträge

1 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der
2 Selbstverwaltungsstrukturen

3 1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen Politik über die türkische
4 Invasion in Syrien aufbrechen. Die Besetzung kurdischer Gebiete in Syrien im Gefolge des
5 Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender
6 Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der kurdischen Streitkräfte und Hunderter
7 Zivilisten geführt, gegenüber Frauen wird von islamistischen Terroristen sexualisierte
8 Gewalt angewendet. Kurden und andere Minderheiten wie beispielsweise die Jesiden,
9 christliche Assyrer und Armenier werden aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben.
10 Die gesamte Region wird nachhaltig destabilisiert mit katastrophalen Folgen für die
11 Bevölkerung.

12 2. Die LDK erklärt sich solidarisch mit den Menschen in Rojava und dem militärischen Wider-
13 stand gegen die türkischen Invasionstruppen und deren Verbündeten, den islamistischen
14 Terrorgruppen.

15 3. Rojava ist in der gesamten Region beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen.
16 Es ist dort politisches Programm, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen zu
17 fördern. Entsprechende Strukturen hierzu sind geschaffen worden. Dies alles ist aufgrund der
18 türkischen Invasion der Zerschlagung ausgesetzt. Auch deshalb ist es erforderlich, den
19 politischen Zustand wie vor Beginn der türkischen Aggression wiederherzustellen.

20 4. Die LDK verlangt die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen seitens der türkischen
21 Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren
22 sofortigen Abzug aus Rojava. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien
23 und die umgehende Wiedererrichtung der in Rojava in den letzten Jahren geschaffenen
24 Selbstverwaltungsstrukturen. Geflüchtete und Vertriebene müssen schnellstmöglich in ihre
25 Wohnorte / Wohnungen zurückkehren können.

26 5. Dringend erforderlich ist ein ungehinderter und gesicherter Zugang internationaler
27 Hilfsor- ganisationen, insbesondere des Roten Kreuzes und zivilgesellschaftlicher
28 Hilfsorganisationen in das Krisengebiet. Humanitäre Hilfe, insbesondere die medizinische
29 Versorgung der Bevölkerung, muss ohne Behinderung möglich sein.

30 6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungs-
31 strukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (QSD) zu ermöglichen, ihre
32 Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen
33 Invasion stationiert waren.

34 7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung sämtlicher in Gefangenschaft des türkischen
35 Mili- tärs und der islamistischen Terrorgruppen geratener Angehöriger der YPJ und des YPD
36 sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syrien (QSD). Ist eine umgehende
37 Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des
38 Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren. Es ist
39 sicherzustellen, dass die Gefangenen als sog. „Kombattanten“ wie Kriegsgefangene den Schutz
40 der Genfer Konven- tion genießen und nicht, wie von der Türkei praktiziert, als Terroristen
41 behandelt und in türkische Gefängnisse verschleppt werden.

42 8. Die LDK erkennt an, dass es neben einer umfänglichen humanitären Hilfe für die Menschen
43 vor Ort und die Unterstützung für die vielen Flüchtlinge weiterer Schritte bedarf, Leben und
44 Sicherheit der Betroffenen zu schützen. Es war ein schwerer Fehler der deutschen und
45 europäischen Politik, sich seit Beginn des syrischen Krieges der Einrichtung einer
46 Schutzzone verweigert zu haben. Es ist eine Schande westlicher Politik, es zu unterlassen,
47 die Menschen vor den brutalen Übergriffen und Bombenangriffen des Assad-Regimes zu schützen.

48 9. Sämtliche Waffenlieferungen sowie die Lieferung militärischer nutzbarer Güter an die
49 Türkei sind sofort einzustellen. Solange die Okkupation seitens der türkischen Armee andau-
50 ert, darf es auch keine Hermes-Bürgschaften zur Absicherung von Auslandsgeschäften mit der
51 Türkei geben. Einschneidende Maßnahmen müssen dem Erdogan-Regime unmiss- verständlich klar
52 machen, dass es bei seiner aggressiven erpresserischen Politik nach innen und nach außen auf
53 den entschlossenen Widerstand der europäischen Demokratien stößt. Die Politik der
54 Bundesregierung ist unentschlossen und widersprüchlich. Sie schadet den Menschen im
55 Krisengebiet und hilft letztlich dem Autokraten Erdogan, seine Interessen brutal und
56 rücksichtslos durchzusetzen.

57 10. Die EU muss ein klares Zeichen setzen und die "Hilfen für die Heranführung" der Türkei
58 an die EU aussetzen. Die Verhandlungen über einen Beitritt des Landes zur EU sind ebenfalls
59 auszusetzen.

60 11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen
61 Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen,
62 eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug
63 aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an
64 einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislange hat Europa am Verrat des
65 Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen
66 Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet
67 worden.

68 So darf es nicht weitergehen!

Begründung

Weiterer Antragsteller:

Herbert Nebel (Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf)